

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 4-5

Artikel: Diskussion um Palästina. 2, Der jüdische Standpunkt
Autor: Bakstansky, L.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158661>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

2.

Der jüdische Standpunkt.

Von L. Balkansky, LL. B., B. Sc.

Der Verfasser des folgenden Aufsatzes ist der Generalsekretär des britischen Zionistenbundes (The Zionist Federation of Great Britain and Ireland). Er ist als Vorkämpfer der zionistischen Bewegung, die aus Palästina einen jüdischen Nationalstaat machen will, bekannt geworden und legt hier dar, weswegen die neue Palästinapolitik Großbritanniens von den Juden abgelehnt wird.

Über das von der britischen Regierung herausgegebene Weißbuch, das die Zukunft Palästinas entscheiden soll, läßt sich mancherlei sagen: es ist geschickt abgefaßt; es muß von einem mit allen parlamentarischen Was-sern gewaschenen Politiker eingegeben worden sein. Eins aber ist es nicht. Es ist nicht aufrichtig, und es wider spricht den fröhlichen gegebenen Zusagen Englands. 1917 versprach die britische Regierung in der bekannten „Balfour-Erklärung“ den Juden die Errichtung einer „Nationalen Heimstätte“ in Palästina, wobei die bürgerlichen und religiösen Rechte der dort lebenden Minderheiten gewahrt bleiben sollten. Britische Staatsmänner wie Lloyd George, General Smuts und Winston Churchill haben bezeugt, daß dieses Versprechen die schrittweise Entwicklung eines jüdischen Staates zum Ziele hatte. Auch der Bericht des Königlichen Untersuchungs-Ausschusses unter Lord Peel vom Juli 1937 bestätigte dies aufs neue und stellte gleichzeitig fest, daß die Zionisten zu Recht des Glaubens waren, das Versprechen beziehe sich auf das ganze Gebiet des geschichtlichen Palästina.

Was aber ist aus diesem Versprechen geworden? 1921 wurde Transjordanien, gewissermaßen das Hinterland Palästinas, kurzerhand von dem Gebiet der vorgesehenen jüdischen Heimstätte abgetrennt. Es handelt sich dabei um ein weites Gebiet von 35 Tausend Quadratmeilen mit besseren klimatischen Bedingungen als Palästina und mit großen wirtschaftlichen Möglichkeiten. 1922 wurde die jüdische Einwanderung nach Palästina durch den Grundsatz der „wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit“ des Landes, nach der die Einwanderungszahlen bemessen werden sollten, beschränkt. Das Recht auf freie Einwanderung aber halten wir Zionisten für einen wesensbestandteil des Versprechens, daß Palästina unsere Heimstätte werden soll. Seit 1930 folgten einander immer wieder Untersuchungsausschüsse und Berichte, die den Landankauf durch Juden und die wirtschaftliche Entwicklung der jüdischen Heimstätte einzuschränken suchten. Im Jahre 1937 legte der Königliche Untersuchungsausschuß seinen Bericht vor, der in mancher Hinsicht zionistischen Wünschen entsprach, jedoch das Gebiet der jüdischen Heimstätte auf bloße 2 Tausend Quadratmeilen — gegenüber ursprünglich 45 Tausend — beschränkte.

Das jetzt veröffentlichte Weißbuch, das die Palästinapolitik der britischen Regierung darlegt, bildet den letzten Stein in diesem gegen die Juden gerichteten Werk: hiernach soll die Nationale Heimstätte der Juden innerhalb eines unabhängigen und notwendigerweise arabischen Staates errichtet werden, wobei die Juden dazu verurteilt sein sollen, ständig in der Minderheit zu bleiben; sie sollen nur ein Drittel der Bevölkerung bilden. Die jüdische Einwanderung soll nach fünf Jahren ganz aufhören, es sei denn, die Araber gestatteten sie weiterhin. Jüdische Landkäufe und jüdische Siedlung sollen einschneidend beschränkt und damit die Entwicklung des Landes künstlich hintangehalten werden.

Weshalb hat die britische Regierung das Versprechen, eine jüdische Heimstätte zu errichten, zunächst verwässert und jetzt ganz aufgegeben? Man sagt, sie wollte den Arabern und ihren Wünschen „gerecht“ werden. Gibt es aber überhaupt ein Volk, das durch den Weltkrieg mehr gewonnen hat als die Araber? Sie sind die größten Kriegsgewinnler. Seit dem Krieg sind die arabischen Staaten, und zwar weitgehend infolge britischer Hilfe, unabhängig geworden: Nedschd (Saudi-Arabien), der Irak, Transjordanien, vielleicht bald auch Shrien — ein Gebiet, das größer als Westeuropa ist. Die arabische Bevölkerung allerdings macht nur 13 Millionen aus (gegenüber fast 300 Millionen in dem entsprechenden Gebiet Europas). Wenn sich auch weder die industrielle Entwicklung noch der landwirtschaftliche Fortschritt dort mit europäischen Maßstäben messen lassen, so wäre es doch der Gipfel des Unsinn's, zu behaupten, in den arabischen Staaten gebe es nur Raum für 13 Millionen. Und nun soll das kleine, den Juden zugewiesene Gebiet dem der Araberstaaten angeschlossen werden, um so die „große Unbill“ wieder gut zu machen, die den Arabern seit dem Krieg angeblich zugefügt wurde. Die Entwicklung Palästinas kann dafür aber kaum als Begründung herangezogen werden. Der Königliche Untersuchungsausschuss wie auch der Woodhead-Ausschuss haben festgestellt, daß die arabische Bevölkerung in Palästina von 600000 im Jahre 1920 auf die heutige Ziffer von einer Million angewachsen ist, ein Anstieg, der weitgehend eine Folge jüdischer Anstrengungen und jüdischen Kapitals darstellt und dessen Ausmaß der Einwanderung von Juden fast gleichkommt.

Während die meisten an Palästina grenzenden Araberstaaten eine Wirtschaftskrise durchmachten, ist Palästina wirtschaftlich stärker geworden und hat einen Aufschwung erlebt, der es gestattet, daß die arabischen Arbeiter dreimal bis viermal so hohe Löhne als in Shrien oder im Irak erhalten. Den Erziehungs- und Gesundheitseinrichtungen zu Gunsten der Araber in Palästina kann sich nichts ähnliches in der arabischen Welt an die Seite stellen. Wenn man demgegenüber auf die „Nationale Bewegung“ der Araber verweist, so zeigt sich, daß diese Bewegung in Wirklichkeit nur die Einsetzung des früheren Mufti von Jerusalem zum Kalifen zum Ziel hat. Gerade den wirtschaftlichen Nutzen, den auch die Araber aus der jüdischen Einwanderung und Siedlung ohne Zweifel gezogen haben, benutzt

der Mufti als Waffe gegen die Juden: eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Juden und Arabern könnte ja zu einer echten Verständigung führen und damit für immer jenes mittelalterlich feudalistische Leben zerstören, ohne das sich eine Herrschaft des Mufti nicht denken lässt.

Was schlägt nun das Weißbuch der britischen Regierung vor? Es gibt zu, daß Palästina nicht zu dem Gebiet gehört, das den Arabern während des Weltkrieges von McMahon versprochen worden ist. Es macht sich die Anerkennung zu eigen, die der jüdischen Entwicklung Palästinas bereits in dem Bericht des Königlichen Ausschusses erteilt wurde, und bestätigt auch, daß diese Aufbauarbeit der gesamten Bevölkerung zugute gekommen ist. Dann aber bemüht sich das Weißbuch, die Ansicht der britischen Regierung zu rechtfertigen, nach der sie nicht verpflichtet sei, Palästina als jüdischen Staat zu errichten. Der Kolonialminister Malcolm MacDonald hat damit das während des Weltkriegs von dem damaligen britischen Außenminister Lord Balfour gegebene Versprechen seines eigentlichen Inhalts beraubt. Er geht soweit, nunmehr eine Palästinapolitik vorzuschlagen, die nicht einen jüdischen Staat, sondern die Errichtung eines arabischen Staates in Palästina zum Ziel hat, eines arabischen Staates, in dem die Juden ständig in der Minderheit gehalten werden sollen!

Der hierfür angegebene Grund lautet, man müsse die Araber von der Furcht vor jüdischer Herrschaft befreien. Bestände diese Furcht tatsächlich, so hätte man vielleicht erwarten können, daß die britische Regierung den Grundsatz politischer Gleichheit für Araber wie für Juden eingeführt hätte. Weder die Araber noch die Juden dürften dann die Herrschaft über den andern Bevölkerungssteil erhalten. Man hätte sich auch denken können (obwohl es nicht zu rechtfertigen wäre), daß die Regierung bestimmen würde, weder Juden noch Araber dürften zahlenmäßig das Übergewicht erlangen. Aber das Weißbuch geht so weit, daß es die Juden zu einer Minderheit verdammt. Die jüdischen Befürchtungen wegen arabischer Herrschaft sind damit völlig in den Wind geschlagen. Die Politik des Weißbuches hat sich nur aufstellen lassen, indem man die eigentliche Absicht des Mandats, nämlich die Errichtung einer jüdischen Nationalen Heimstätte, an die zweite Stelle rückte und statt dessen die Sicherungsklauseln des Mandats für die bestehenden Minderheiten zur Hauptache mache.

Um die Bestimmung zu rechtfertigen, nach der die jüdische Einwanderung nach Palästina am Ende einer Zeitspanne von fünf Jahren aufhören soll, beruft sich das Weißbuch sogar auf den Artikel 6 des Mandats. Dieser Artikel legt der britischen Regierung die Verpflichtung auf, die jüdische Einwanderung „unter angemessenen Bedingungen“ zu erleichtern. Bisher waren alle einander folgenden Regierungen Großbritanniens wie auch der Ständige Mandats-Ausschuß des Völkerbunds der Ansicht gewesen, diese Bestimmung verpflichte Großbritannien zur Förderung der jüdischen Einwanderung nach Palästina — das Weißbuch jedoch legt sie dahin aus, als ob sie die Regierung ermächtige, die Einwanderung zu beenden! Die

Worte: „unter angemessenen Bedingungen“ werden also in ihr Gegenteil verkehrt, und aus einer Verpflichtung für die Regierung wird hier das das Recht, die Einwanderung nach Gutdünken der Regierung zu handhaben.

Bei all dem übersieht die britische Regierung, daß das Palästina-Mandat vom Völkerbund auf Grund des Weißbuchs von 1922 (vorgelegt von Winston Churchill) angenommen wurde. Damals wurde festgelegt, die Einwanderung dürfe die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit Palästinas nicht übersteigen. Hiernach hat man sich bisher auch gerichtet: das heißt, man hat ausschließlich wirtschaftliche Gesichtspunkte als Maßstab der Einwanderung anerkannt. Es ist unvorstellbar, daß diese Umkehrung alles bisher Anerkannten Erfolg haben könnte. Erinnern wir uns doch auch an die Worte, die von dem ständigen Mandatsausschuß 1937 gebraucht wurden: „Die Leiden, denen die Juden und Araber ausgesetzt sind, lassen sich nicht miteinander vergleichen, stehen den Arabern doch weite Gebiete im Nahen Osten offen, wo einstmals eine große Bevölkerung lebte und wo eine glänzende Kultur zu Hause war — den Juden hingegen verschließt sich die Welt mehr und mehr“.

Zwei Ursachen haben hauptsächlich zu dieser neuen Palästinapolitik gegen die Juden beigetragen. Einmal ist man in London davon ausgegangen, daß man die Araber bei der augenblicklichen internationalen Lage unter allen Umständen befriedigen müsse. Dabei sollte doch jeder, der den Nahen Osten kennt, wissen, daß Aegypten, der Irak und die andern arabischen Staaten ihre Außenpolitik nicht durch die britische Politik in Palästina beeinflussen lassen können: hängt doch das Bestehen dieser arabischen Staaten völlig von der Unterstützung ab, die ihnen das britische Weltreich gewährt. Das Beispiel, das die Besetzung Albaniens bietet, kann im Nahen Osten nicht übersehen werden sein. Zöge sich Großbritannien auch nur zeitweise aus dem Mittelmeer zurück, so würde die Unabhängigkeit Aegyptens wie auch des Irak nur eine Frage von Tagen, wenn nicht von Stunden sein.

Noch stärkerer Einfluß auf die Palästinapolitik Großbritanniens dürfte von der Verwaltungsbehörde in Palästina ausgeübt worden sein. Sie hat der „Balfour-Eklärung“, der Errichtung einer jüdischen Heimstätte, stets feindlich gegenüber gestanden. Nie hat sich das Kolonialministerium in London bemüht, für Palästina Beamte auszuwählen, die sowohl das jüdische als auch das arabische Volk verstanden und eine Politik betrieben, die allein Großbritanniens Anwesenheit in Palästina rechtfertigen würde. 1930 zum Beispiel verkündigte diese Verwaltung der Welt in allem Ernst, Palästina sei übervölkert. Die Tinte dieses Berichts war noch kaum trocken, als über 250 000 Juden einwanderten, ohne weiteres ihr Unterkommen fanden und eine Zeit neuen Wohlstandes in Palästina einleiteten, wie sie das Land zuvor noch nicht gesehen hatte. Der Bericht des Königlichen Ausschusses von 1937, der diese Entwicklung der jüdischen

Nationalen Heimstätte voll anerkannte, stellte für die gegen sie gerichteten Einflüsse innerrhalb der Verwaltungsbehörde einen schweren Schlag dar. Während der beiden letzten Jahre ist deshalb das Werk des Königlichen Ausschusses, sind die gerechten Vorschläge des verstorbenen Lord Peel und seiner Mitarbeiter, durchlöchert und zunichte gemacht worden.

Die neue Palästinapolitik Großbritanniens ruht auf einer unsicheren Grundlage, wenn sie an dem ältesten Volk der Welt eine neue Ungerechtigkeit begeht. Diese Politik, wie sie im Weißbuch festgelegt wurde, ist zum Untergang verurteilt. Die Juden Palästinas werden eher sterben als zulassen, daß diese Politik durchgeführt wird. Sie werden weiterhin verlangen, daß soviele Juden nach Palästina einwandern dürfen, wie sie das Land erhalten kann. Der Völkerbund seinerseits kann diese neue Palästinapolitik nicht dulden. Die Demokratien der Welt müssen sich gegen eine solche Politik wenden, die unter dem Einfluß blutigen Terrors festgelegt worden ist. Man kann die Entwicklung Palästinas nicht künstlich aufhalten oder gar zurückdrehen. Die Rückkehr der Juden nach Palästina ist durch die Geschichte von Jahrhunderten, und durch die Bedürfnisse des Landes selbst, zur Notwendigkeit geworden. Das Weißbuch ist tot. Das jüdische Volk, das Jahrhunderte der Verfolgung überwand, wird die jüdische Nationale Heimstätte errichten und Palästina zum Nutzen aller seiner Bevölkerungsteile einer echten Blüte entgegenführen.

Fresken aus dem Elsaß.

Land und Leute.

Von Robert Redslob.

Das Landschaftsbild.

Der Zauber, der über dem Elsaß liegt, ist in der Vielfältigkeit und in der weiten Linienführung des Gemäldes beschlossen. In der Ebene breitet sich ein von Kraft und Fülle strohendes Ackerland, von Wiesen und Wäldern, von Obsthalden und Rebhügeln belebt. Diese Gefilde sind von einem der gewaltigsten Ströme Europas umsäumt, dessen gletscherfarbene, von den Alpenriesen herabstrebende Flut mächtige, reißende Wogen wirft. Dort hebt sich ein Gebirge, dessen stolzragende, winddurchrauschte Tannen hinaufstrebten bis zu hohen, himmelumrahmten Almen. Ein unermesslicher Horizont dehnt sich von dem duftig blauen Hügelland der jugendlichen Mosel nach den lothringischen Seen, und von den sanften Wellenlinien des Schwarzwaldes nach den weißen Zinnen der Alpen. Die Hand des Menschen hat diese Landschaft mit reizvollen und oft großartigen Werken der Baukunst übersät, in denen sich die Seele und die Schicksale des boden-